

Sabine Achour, Thomas Gill (Hg.)

Was politische Bildung alles sein kann

Einführung in die politische Bildung



**WOCHEN
SCHAU
STUDIUM**

Sabine Achour, Thomas Gill (Hg.)

Was politische Bildung alles sein kann

Einführung in die politische Bildung

Was politische Bildung alles sein kann

Einführung in die politische Bildung

Herausgegeben von
Sabine Achour und Thomas Gill



**WOCHEN
SCHAU**
STUDIUM

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Schwalbach/Ts. 2017

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelgestaltung: Ohl Design
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
ISBN 978-3-7344-0556-3 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-0557-0 (PDF)

INHALT

Einleitung	
<i>von Sabine Achour und Thomas Gill</i>	7
„Politische Bildung ist wichtig!“	
Statements für die politische Bildung	
<i>von Mirko Niehoff</i>	12
I. Was das Zusammenleben in pluralen Gesellschaften herausfordert	
Muslimische Lernende zwischen Exklusion – Inklusion – Integration: Quo vadis politische Bildung?	
<i>von Sabine Achour</i>	21
Inklusion als Menschenrecht und deren Bedeutung für die politische Bildung	
<i>von Thomas Gill</i>	34
Menschenrechtsbildung als Beitrag zu Empowerment und Solidarität	
<i>von Sandra Reitz</i>	46
Unsichtbares Politikprogramm – politische Bildung und benachteiligte Zielgruppen	
<i>von Thomas Krüger</i>	60
Politische Bildung in Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	
<i>von Carl Chung</i>	71
Anforderungen, Möglichkeiten und Grenzen antiziganismuskritischer Bildungsarbeit	
<i>von Markus End</i>	85
II. Welche Grundlagen die politische Bildung diskutiert	
Wie politisch darf eine Politiklehrkraft sein?	
<i>von Sibylle Reinhardt</i>	105

Kompetenzorientierung in der schulischen politischen Bildung von <i>Peter Massing</i>	115
Der einseitigen Ausdeutung entreißen. Zur fehlenden Kompetenz- debatte in der außerschulischen politischen Bildung von <i>Helle Becker</i>	127

III. Wo politische Bildung stattfindet

Die Kooperation schulischer und außerschulischer politischer Bildung als Ansatzpunkt der Rechtsextremismusprävention von <i>Gabi Elverich</i>	141
Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Bildung: Ziele, Herausforderungen, Praxisbeispiel von <i>Christine Reich</i>	153
Außerschulische politische Jugendbildung als Profession von <i>Ina Bielenberg</i>	161
Historisch-politische Bildung an außerschulischen Lernorten von <i>Ingo Juchler</i>	173
Digitalisierung – eine neue Herausforderung für die politische Jugendbildung? von <i>Frank Feuerschütz</i>	185

IV. Wie politische Bildung auf internationale Perspektiven reagiert

Globales Lernen in der außerschulischen politischen Bildung von <i>Bernd Overwien</i>	201
Demokratiebildung jenseits des Nationalstaates? Politische Bildung zwischen Trans- und Renationalisierung von <i>Andreas Eis</i>	211
Europapolitische Bildung und europäische Identität von <i>Eckart D. Stratenschulte</i>	225
Autorinnen und Autoren	237

EINLEITUNG

Eine Einführung in die politische Bildung lässt sich unterschiedlich konzipieren. Möglich ist ein systematischer Zugang, der sich über Konzepte und Begriffe der Praxis nähert, oder ein historischer, der über Epochen und Wendepunkte die Entwicklungslinien nachzeichnet.¹ Diese Einführung nähert sich dem Gegenstand der politischen Bildung über aktuelle Entwicklungen und Ansätze: Welche Entwicklungen fordern die politische Bildung heraus und wie reagiert sie auf diese? Dass damit durchaus sehr unterschiedliche, aber sicherlich nicht alle Herausforderungen erfasst sind, zeigen die verschiedenen Beiträge.

Unsere Welt befindet sich in einem rapiden Wandel, der alle Bereiche von Gesellschaft und von Politik zu erfassen scheint. Die einzelnen Phänomene und Prozesse sind dabei nicht unbedingt neu. Neu sind das Ausmaß, die Dynamik und die Geschwindigkeit des Wandels. Migration ist der menschliche Normalfall, Globalisierung ist seit der Neuzeit mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung verbunden, antidemokratische und menschenfeindliche ausgrenzende Einstellungen zeigen sich bei rund 20 % der Bevölkerung seit Jahren². Und dennoch scheinen sich die Fragen nach den Grundlagen und Perspektiven unseres Zusammenlebens in veränderter Weise neu zu stellen.

-
- 1 Eine Mischform dieser beiden Zugangswege haben Sander/Steinbach 2014 vorgelegt: Sander, Wolfgang/Steinbach, Peter (2014): Politische Bildung in Deutschland, Profile, Personen, Institutionen, Bonn.
 - 2 zuletzt zum Beispiel: Decker, O.; Kiess, J., Brähler, E. (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Gießen.

Die Einschätzung von Globalisierung, Migration, antidemokratischen und menschenrechtsfeindlichen politischen Bewegungen und Parteien, Digitalisierung, Zunahme sozialer Ungleichheit und artikulierter Ansprüche auf mehr politische Teilhabe bleiben in den sozialwissenschaftlichen Diskussionen höchst kontrovers. Unbestritten scheint aber zu sein, dass ein erheblicher politischer Orientierungsbedarf besteht. Dieser Herausforderung muss sich die politische Bildung stellen.

Die Aufsätze dieses Buches illustrieren ein vielfältiges und plurales Verständnis von politischer Bildung. Daraus ergibt sich der Titel des Buches: „Was politische Bildung alles sein kann“. Alle vorgestellten Ansätze und Zugänge haben jeweils ihre eigene Berechtigung. Sie sind in ganz unterschiedlichen Bildungsbereichen verankert und dementsprechend jeweils im Kontext der verschiedenen Bildungsverständnisse von Schule, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, universitärer Bildung, Menschenrechtsbildung oder sozialer Arbeit zu sehen.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Ansätze in ihren jeweiligen Kontexten lassen sich unseres Erachtens trotzdem eine ganze Reihe von Dingen benennen, die allen Ansätzen politischer Bildung gemein sind.

Politische Bildung bewegt sich immer im Spannungsverhältnis von Integration und Emanzipation, völlig unabhängig davon, welchen Anspruch die Akteure selbst an ihre politische Bildungsarbeit haben. Einerseits sucht politische Bildung die Mündigkeit der Menschen zu fördern, dass sie sich ihres eigenen Verstandes bedienen³, um in diesem Sinne die Entwicklung der Gesellschaft in ihrem Interesse zu beeinflussen. Andererseits ist es Zielsetzung von politischer Bildung, die freiheitliche Demokratie zu stabilisieren, u. a. indem sich die Individuen in die bestehende Gesellschaft „integrieren“. Die politische Bildung befähigt in diesem Sinne die Menschen, eine autonome Perspektive zum gesellschaftlichen System einzunehmen und auf dessen Veränderung hinzuwirken. Politischer Bildung geht es dabei immer um die Integration in eine „gute Gesellschaft“, an der kontinuierlich gearbeitet werden muss.

Seit Ende der 50er Jahre gehen die verschiedenen Ansätze der politischen Bildung von einer dreifachen Aufgabenstellung der politi-

3 Kant, Immanuel (1784): „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“ Berlinische Monatsschrift, 481-494.

schen Bildung aus. Es geht erstens um die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen, zweitens um die Befähigung, sich ein eigenes Urteil zu bilden, und drittens um die Ermutigung, selbst politisch zu handeln. Was darunter jeweils konkret zu verstehen ist, in welchem Verhältnis die drei Aufgabenstellungen stehen und wo jeweils die Grenzen liegen, war und ist höchst umstritten trotz des diesbezüglich 1976 formulierten Beutelsbacher Konsenses⁴.

Ebenso besteht Einigkeit, dass politische Bildung ganz wesentlich durch ihren spezifischen Gegenstandsbereich bestimmt wird: das Politische. Es herrscht Konsens, sich an der im angloamerikanischen Raum dominanten Aufteilung zwischen Politik als Institution, Politik in Form von Gegenstandsbereichen und Politik als Prozess zu orientieren, umstritten ist, auf welche dieser drei Perspektiven politische Bildung den Schwerpunkt zu legen hat. Im Zuge der Debatten, die thematisieren, dass die nationalstaatliche parlamentarische Demokratie unter Druck gerät (Crouch u. a.), orientieren sich zunehmend Autorinnen und Autoren verstärkt an einem Begriff des Politischen, der das Prozesshafte, Kontingente, Offene von Politik betont. Diese Tendenz führt auch dazu, dass ein Verständnis von politischer Bildung als Begleitung von Menschen in Orientierungsprozessen und eine Betonung der Auseinandersetzung mit Interessen und Erfahrungen an Bedeutung gewinnt. Dadurch wird die Auseinandersetzung mit Institutionen und Strukturen ebenso wenig obsolet wie mit einzelnen politischen Handlungsfeldern und Fragestellungen. Aber es verändert sich der Fokus auf das Politische, die Verhältnisse scheinen stärker in Bewegung geraten zu sein.

Damit gewinnt das Teilziel „Befähigung zum politischen Handeln“ an Bedeutung: Wie können die Teilnehmenden an Angeboten politischer Bildung die Fähigkeit erlangen, bestehende Verhältnisse im Sinne eigener Interessen verändern zu können? Der Begriff des Interesses rückt damit (wieder) in den Mittelpunkt der Debatte. Er hat immer eine individuelle und eine gesellschaftliche Seite: Es sind die eigenen Interessen, die im Rahmen der gesellschaftlichen Macht- und

4 Hans-Georg Wehling in: Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, S. 179/180; siehe auch den Beitrag von Bielenberg in diesem Buch.

Herrschaftskonstellationen zu erkennen, zu formulieren und ins Verhältnis mit den Interessen anderer zu setzen und öffentlich vertreten zu lernen sind.

Das Buch ist entstanden aus der Zielsetzung, die außerschulische und schulische politische Bildung insgesamt zu stärken und öffentlich sichtbar zu machen, indem verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Bereichen der politischen Bildung gemeinsam Synergien erzeugen möchten. Ein langfristiges Ziel ist insbesondere, die außerschulische politische Bildung auch wieder an der Hochschule in Lehre und Forschung zu verankern, um sie professionell aufzustellen sowie durch professionelle Forschung zu begleiten. Als „Gesprächskreis politische Bildung“ haben sich dafür neben den beiden unterzeichnenden, Prof. Dr. Sabine Achour (FU Berlin) und Thomas Gill (Berliner Landeszentrale für politische Bildung) die folgenden Akteure zusammengeschlossen: Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB), Prof. Dr. Ingo Juchler, Universität Potsdam, Prof. Dr. Peter Massing, Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Bernd Overwien, Universität Kassel, und Prof. Dr. Barbara Schäuble, Alice Salomon Hochschule Berlin.

Diverse gemeinsame Aktivitäten wurden bisher realisiert, wobei Expert*innen aus Theorie und Praxis zusammenkommen, aus Wissenschaft, Institutionen, Lehrkräftebildung, außerschulischer und schulischer politischer Bildung und der Trägerlandschaft. Dazu gehören verschiedene Fachveranstaltungen sowie zwei Ringvorlesungen am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der FU Berlin. Aus der ersten ist das hier vorliegende Buchprojekt hervorgegangen.

Vier Themenschwerpunkte gliedern das Buch. Es beginnt mit der Frage, *was das Zusammenleben in pluralen Gesellschaften herausfordert*. Vor diesem Hintergrund beleuchtet Sabine Achour Exklusionsprozesse aufgrund von antimuslimischen Einstellungen. Dem Themenfeld Inklusion als Herausforderung für die politische Bildung widmet sich Thomas Gill. Sandra Reitz greift den Ansatz der Menschenrechtsbildung für die politische Bildung auf. Thomas Krüger geht der Frage nach, wie sich politische Bildung Zugänge zu bisher wenig erreichten Zielgruppen schaffen kann. Carl Chung beleuchtet das Konstrukt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF).

Konkretisiert wird der GMF-Ansatz im Anschluss hinsichtlich des Antiziganismus von Marcus End.

Der zweite Schwerpunkt bezieht sich darauf, *welche Grundlagen die politische Bildung diskutiert*. Sybille Reinhardt setzt sich vor diesem Hintergrund mit der Frage auseinander, wie politisch die Politiklehrkraft sein darf. Peter Massing skizziert in seinem Beitrag die Kompetenzdebatte aus der Perspektive der schulisch orientierten Politikdidaktik, während Helle Becker sich dem Thema aus der außerschulischen Perspektive widmet.

Der dritte Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem Feld, *wo politische Bildung stattfindet*. Gabi Elverich und Christine Reich illustrieren Möglichkeiten und Gelingensbedingungen von Kooperationen schulischer und außerschulischer politischer Bildung. Hinsichtlich des zweiten Bereiches vertieft Ina Bielenberg den Einblick und erläutert Rahmenbedingungen sowie Zielsetzungen. Ingo Juchler illustriert exemplarisch historisch-politische Bildung an außerschulischen Lernorten und Frank Feuerschütz konzentriert sich auf Herausforderungen politischer Bildung im Zeitalter digitaler Medien.

Der letzte Schwerpunkt umfasst, *wie politische Bildung auf internationale Perspektiven reagiert*. Bernd Overwien stellt die Ansätze des globalen Lernens und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) dar. Andreas Eis beschäftigt sich mit politischer Bildung zwischen Trans- und Renationalisierung und Eckart Stratenschulte beleuchtet den Zusammenhang von europapolitischer Bildung und europäischer Identität.

Wir danken allen, die das Buch möglich gemacht haben, ganz herzlich für ihre Mitarbeit und Unterstützung.

Sabine Achour und Thomas Gill, Mai 2017

„POLITISCHE BILDUNG IST WICHTIG!“

STATEMENTS FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

ZUSAMMENGETRAGEN VON **MIRKO NIEHOFF**

Insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen setzen sich Menschen denkend und kommunizierend mit politischen Fragestellungen auseinander; sie diskutieren und urteilen über gesellschaftliche Verhältnisse, Zustände und Prozesse im Allgemeinen und Fragen von Krieg und Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, Wohlstand und Sicherheit, Macht und Ohnmacht, Zugehörigkeit und Teilhabe, Rassismus und Terrorismus etc. im Besonderen. So besehen ist das Politische in ihrem alltagsweltlichen Handeln präsent. Es berührt ihre Interessenhorizonte. Dies gilt auch für Jugendliche und junge Erwachsene – und zwar mehr, als das häufig auf diese Gruppe bezogene Schlagwort der Politikverdrossenheit vermuten lässt.

Neben der zweifellos bedeutsamen außerschulischen politischen Bildungsarbeit, die erfreulicherweise über staatliche Programme gestärkt und gefördert wird, ist insbesondere die schulische politische Bildung der ideale Ort, um diesen Interessen gerecht zu werden. Denn eine Thematisierung politischer Fragestellungen, Gegenstände und Prozesse sowie eine (kritisch-reflektierte) Auseinandersetzung mit den darauf in Vielfalt und Kontroversität bezogenen Perspektiven, Deutungsmustern, Positionen und Urteilen ist genuiner Auftrag politischer Bildung.

Dass nun eine solche Auseinandersetzung fortwährend wichtig ist, zeigt sich unter anderem daran, dass sich in den Wahrnehmungen und

Thematisierungen des sich nicht selten als dynamisch, komplex und konflikthaft sowie undurchsichtig und widersprüchlich darstellenden Politischen immer auch *problematische* Perspektiven vergegenständlichen können, die einer Bearbeitung oder gar Intervention und Transformation bedürfen. Beispiele hierfür sind Vereindeutigungen, Ausblendungen und Verkürzungen oder auch (Re-)Produktionen von Vorurteilen, Ressentiments oder Konzepten der Ungleichwertigkeit von Menschen.

Demgegenüber steht jedoch die Marginalisierung politischer Bildung insbesondere in der Institution Schule. So kommt das Fach vielerorts bestenfalls randständig in den Stundentafeln der Schüler/-innen vor.

Vor diesem Hintergrund bedarf es Stimmen und Argumente für die politische Bildung. Daher wurden im Sinne einer Kampagne zur Stärkung politischer Bildung unterschiedliche Akteure/-innen aus Politik, Wissenschaft und Bildungsarbeit gebeten, den folgenden Satz zu vervollständigen: „Politische Bildung ist wichtig, weil ...“.¹ Und so sollen die nachfolgend dokumentierten Antworten immer auch als unterschiedlich begründete Plädoyers für die politische Bildung gelesen und verstanden werden:

„Politische Bildung ist wichtig, weil Politik wichtig ist und Bildung auch und beides mehr miteinander zu tun hat, als Politikern wie Wählern, Lehrern wie Schülern oft bewusst ist.“

Norbert Lammert (CDU),
Präsident des Deutschen Bundestages

„Politische Bildung ist wichtig, weil Demokratie von Engagement und Durchblick lebt.“

Petra Pau (DIE LINKE),
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

1 Alle nachfolgend aufgeführten Zitate wurden vom Autor im April 2016 zusammengetragen. Hintergrund war die Idee einer Kampagne zur Stärkung politischer Bildung, aus Anlass der Verabschiedung von Prof. Dr. Peter Massing. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den nachfolgend verwendeten Zitaten mitunter nur um einen Ausschnitt aus den zugegangenen Kurzstatements handelt.

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie dazu beiträgt, dass unsere Demokratie lebendig und stabil bleibt. Und weil sie hilft, Menschen gegen das Gift von Antisemitismus und Rassismus zu immunisieren.“

Thomas Oppermann,
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

„Politische Bildung ist wichtig, weil ohne sie Demokratie nicht gelingt. Denn Demokratie ist ein Regelwerk zur Erringung und Begrenzung politischer Gestaltungsmacht und sie ist ein Institutionengefüge, innerhalb dessen die Bürger ihre Interessen und Meinungen artikulieren und verwirklichen können. Demokratie lebt vom Engagement, das politische Kenntnisse des Regelwerks und Institutionengefüges braucht, damit es erfolgreich sein kann – für den Einzelnen wie für die demokratische Gemeinschaft.“

Wolfgang Thierse (SPD),
Bundestagspräsident a. D.

„Politische Bildung ist wichtig, weil so mehr Verständnis für die Komplexität politischer Entscheidungen in der globalisierten Welt möglich wird.“

Volker Kauder,
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie der Schlüssel zur politischen Teilhabe ist und damit die Demokratie stärkt. Weil sie Menschen ermächtigt, Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen und das Leben in der Gemeinschaft mitzugestalten. Weil sie gegenseitige Akzeptanz und Respekt füreinander schafft und dadurch friedliches Zusammenleben fördert und weil sie das beste Instrument gegen Rechtsextremismus ist. Und weil Schülerinnen und Schüler durch politische Bildung Solidarität und Zivilcourage gegenüber allen Menschen entwickeln und weniger empfänglich für Fundamentalismen jeglicher Art sind.“

Özcan Mutlu,
Sprecher für Bildungspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Politische Bildung ist wichtig, weil demokratische Werte, aktive Bürgerschaft und politische Urteilsfähigkeit in einer sich wandelnden Gesellschaft fortwährend neu gelehrt und gelernt werden müssen.“

Auch der Wandel der Gesellschaft erklärt sich nicht von selbst. So muss es auch Teil der politischen Bildung werden, den gesellschaftlichen Wandel hin zu einer pluralen Einwanderungsgesellschaft und den Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt unter demokratischen Gesichtspunkten zu erklären.“

Naika Foroutan,
Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der
Humboldt-Universität zu Berlin und stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts
für Integrations- und Migrationsforschung (BIM)

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie die Voraussetzungen schafft, mein gesellschaftliches Umfeld besser zu verstehen; weil sie hilft, meine eigene Rolle im politisch-gesellschaftlichen Umfeld zu erkennen und auszuüben; weil sie die Rationalität politischen Handelns steigern kann; und weil sie letztlich eine gute Voraussetzung bildet, demokratische Strukturen zu stabilisieren und sich verfassungsfeindlichen Entwicklungen zu widersetzen.“

Wichard Woyke,
Professor für Politikwissenschaft an der Universität Münster

„Politische Bildung ist wichtig, weil kein Mensch als politisches Lebewesen geboren wird, Demokratie aber die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss – alltäglich und unabhängig vom Lebensalter.“

Oskar Negt, Sozialphilosoph

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie neben einem unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen eines jeden Gemeinwesens die Fachwissenschaft zwingt, ihre Erkenntnisse einerseits so zu formulieren, dass sie verstanden werden können, und andererseits die Fragestellungen so anzulegen, dass sie Staat und Gesellschaft von Nutzen sind und nicht im Nebulösen des Elfenbeinturmes versickern.“

Johannes Varwick,
Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie die Autonomie und Mündigkeit der Menschen stärkt, politische Meinungs- und Willensbildung fördert und politische Urteilsfähigkeit vermittelt. Politische Bildung trägt damit

gleichermaßen zur Entwicklung starker Individuen und zur Verteidigung von Demokratie und Pluralismus bei. Zugleich darf politische Bildung Kontroversen nicht aus dem Weg gehen, sondern sollte zu Austausch, Widerspruch und Irritation ermuntern. In diesem Sinne muss die politische Bildungsarbeit auch die Auseinandersetzung etwa mit rassistischen und nationalistischen Positionen suchen. Und schließlich ist politische Bildung wichtig, um Menschen zu politischem Handeln zu befähigen und damit die politische und soziale Teilhabe auszuweiten.“

Steffen Hagemann,
Politikwissenschaftler an der TU Kaiserslautern

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie den Blick schärfen kann für unterschwellige Verschiebungen normativer Maßstäbe. Sie kann dazu befähigen, gegen Tendenzen einzutreten, die aus Menschengruppen eine Frage und ein Problem machen und das Prinzip der Gleichheit aufgeben. Sie kann sprachfähig machen, um zu intervenieren, wenn Werte zu einer Fassade werden, hinter der den Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten zugestimmt wird.“

Astrid Messerschmidt,
Erziehungswissenschaftlerin an der Universität Wuppertal

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie ein Aufbruch ist. Weil sie aus Bewegung/en kommt und in sie mündet. Politische Bildung heißt: Gesellschaft zu verstehen, um sie zu verändern. Die Orientierung auf die handelnden Subjekte, gesellschaftliche Konflikte und eine menschlichere Zukunft – kurz: eine individuell und kollektiv erweiterte Handlungsfähigkeit ist ihr Ziel. Deshalb bilden sich Menschen politisch vor allem da, wo sie gegen machtvollere Situationen aufbegehren, wo sie also nicht nur verstehen, sondern auch handeln.“

Barbara Schäuble, Professorin für diversitätsbewusste Theorie und
Praxis Sozialer Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin

„Politische Bildung ist wichtig, weil demokratische Politik von allen Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Verantwortungsbewusstsein, sondern auch ein gutes Verständnis für politische Zusammenhänge verlangt, nicht zuletzt, um sich selbst einzubringen.“

Gesine Schwan,
bis 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und aktuell
Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Plattform in Berlin

„Politische Bildung ist wichtig, weil politische Analyse-, Urteils- und Handlungskompetenz das demokratische Handwerkszeug sind, mit dem Bürgerinnen und Bürger ihren politischen Alltag bewältigen. ‚Gute‘ Politische Bildung hinterfragt scheinbar Gegebenes und befähigt Lernende zum kritischen Denken. Sie analysiert die sozialen Voraussetzungen und die gesellschaftlichen Bedingungen für gelingende politische Partizipation. Politische Bildung befähigt autonome Subjekte zum politischen Handeln. Sie übt Herrschaftskritik und steht im Kontext von Emanzipation und Demokratisierungsprozessen.“

Dirk Lange, Professor für Didaktik der Politischen Bildung
an der Leibniz Universität Hannover

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie ganz unterschiedliche Menschen dabei unterstützt, sich mit politischen und gesellschaftlichen Prozessen auseinanderzusetzen und dabei gängige Denkmuster zu hinterfragen. Im Idealfall führt sie dazu, sich stärker an gesellschafts-politischen Debatten und Entscheidungsprozessen zu beteiligen.“

Rana Göroglu,
Mitbegründerin des Vereins „Neue Deutsche Medienmacher“ und geschäftsführende
Leiterin und Redakteurin beim „Mediendienst Integration“

„Politische Bildung ist wichtig, weil demokratisches Handeln keine angeborene Fähigkeit ist. Es muss gelernt, gelebt und ausprobiert werden. Es geht darum, Menschen fit im Umgang mit den Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaft zu machen und sie zu befähigen, ihr soziales und politisches Umfeld aktiv mitzugestalten.“

Meron Mendel,
Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/M.

„Politische Bildung ist wichtig, weil wir als mündige Bürger die Grammatik unserer Demokratie begreifen sollten. Nur so können wir uns aktiv als Gestalter unserer Gesellschaft einbringen. Je breiter diese Bildung in einem Volk verankert ist, umso stabiler erweist sich ein System. Die politische Bildung ist daher der beste Schutz gegen Despoten und Diktaturen.“

Ranga Yogeshwar,
Wissenschaftsjournalist

„Politische Bildung ist wichtig, weil sie Räume für Reflexion über gesellschaftliche Realitäten schafft. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus sowie anderen Formen kollektiver Vorurteile verläuft jedoch selten linear. Vielmehr ist diese Beschäftigung mit vielfältigen Ambivalenzen versehen und durch hoch funktionale Distanzierungen geprägt. Die auf Veränderung von Einsichten und Einstellungen ausgerichtete politische Bildung ist daher eine höchst sensible Angelegenheit, welche auf dem kognitiven Weg der Aufklärung nur bedingt gelingen kann.“

Der Zugang zu komplexen gesellschaftlichen Themen bedarf einer Brücke zu den Menschen samt ihren Wahrnehmungen, Positionen und Distanzierungsbedürfnissen und erfordert ihre Bereitschaft zur kritischen Selbstbefragung und vor allem zum Aushalten eigener Spannungen und Ambivalenzen. Gleichzeitig ist der Zusammenhang zwischen Individuum und Gesellschaft mehr als zentral – das Aufdecken der Verwobenheit von individuellen Einstellungen und weitgehend normalisierten (strukturellen) Dominanzverhältnissen schärft den Blick auf gesellschaftliche Wirklichkeiten und macht das besondere Feld der eigenen Verantwortung und Wirkmächtigkeit auf.“

Marina Chernivsky,
Leiterin des Modellprojekts „Perspektivwechsel Plus“ der Zentralwohlfahrtsstelle
der Juden in Deutschland „ZWST“ und dort auch Leiterin des
Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment (ZWST)



*WAS DAS ZUSAMMENLEBEN IN PLURALEN
GESELLSCHAFTEN HERAUSFORDERT*

Sabine Achour

MUSLIMISCHE LERNENDE ZWISCHEN EXKLUSION – INKLUSION – INTEGRATION: QUO VADIS POLITISCHE BILDUNG?

Viele Muslime werden aus der Gesellschaft in Deutschland ausgeschlossen, meinen knapp 60 % der Menschen ohne Migrationshintergrund und knapp 70 % mit türkischen Wurzeln (SVR¹ 2016, 42). Obwohl Deutschland in den letzten Jahrzehnten immer vielfältiger geworden ist, haben Ressentiments gegen Menschen muslimischen Glaubens zugenommen (Decker u. a. 2016). Diese fungieren neben sozialen Disparitäten als Barrieren für Inklusion i. S. gesellschaftlicher Teilhabe und damit auch als Hindernisse für die Globalziele politischer Bildung. Mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention 2009 durch Deutschland ist Inklusion i. S. barrierefreier Teilhabe für alle ein Menschenrecht. Damit prägt ein weiter Inklusionsbegriff die Diskussion, der Benachteiligung durch unterschiedliche Differenzkategorien in den Blick nimmt und sich nicht auf Menschen mit Behinderungen (enger Inklusionsbegriff) reduzieren lässt. Im Folgenden wird die Perspektive auf Exklusionsprozesse gelegt, von denen Menschen muslimischen Glauben – häufig mit Migrationsbezügen – betroffen sind. Daran soll exemplarisch die politische Bildung für einen weiten Inklusionsbegriff entlang dieser Differenzkategorien sensibilisiert werden (generelle Bezüge z. B.: Jugel 2015; Lange/Kleinschmidt 2017). Verwehrte Teilhabe im Migrationskontext wird in der Migrationssoziologie bisher kaum mit

1 SVR = Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration.

dem Inklusionsbegriff umschrieben, sondern mit dem – kontrovers diskutierten – der (individuellen Sozial-)Integration. In der (Sonder-)Pädagogik hat „Inklusion“ die „Integration“ weitgehend „abgelöst“, häufig wird hier eine fast als linear anmutende Entwicklung von der Exklusion, über die Separation, die Integration hin zur Inklusion suggeriert. Dabei ist die Verwendung beider Begriffe in der Literatur immer noch häufig synonym (Bürli 2009). Die Inklusionsdebatten in Soziologie und (Sonder-)Pädagogik finden darüber hinaus ohne Rekurs aufeinander statt. Das ist für die politische Bildung insofern herausfordernd, da beide als Bezugsdisziplinen fungieren und die Implementierung des Begriffs sowie dessen Umsetzung als inklusive politische Bildung ein aktuelles zentrales Themenfeld darstellt. Dieser Beitrag widmet sich einer konstruktiven Rezeption beider Begriffe, um Teilhabebarrrieren exemplarisch im Kontext von Migration und Islam analysieren sowie Zugänge durch die politische Bildung zur Diskussion stellen zu können.

MUSLIMISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND: ZWISCHEN INKLUSION UND EXKLUSION

In den letzten Jahren haben Verschwörungstheorien à la „Islamisierung des Abendlandes“ zugenommen. So meint die Hälfte der Deutschen, der Einfluss des Islam werde zu groß (50%) (Zick u.a. 2016, 96), was bei einem Anteil von 5-7% von Menschen – mehr oder weniger starken – muslimischen Glaubens an der Gesamtbevölkerung erstaunlich ist. 41,4% der Deutschen würden Muslimen die Zuwanderung grundsätzlich untersagen (Decker u.a. 2016, 50). 75% sind sogar der Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passe (Bertelsmann Stiftung 2015). Insgesamt existieren diverse Überzeugungen zur „fehlenden Passung des Islam“ mit Demokratie, säkularem Rechtsstaat, Pluralismus, Grund- und Menschenrechten, Emanzipation etc., welche sich zu einem weit verbreiteten Deutungskonzept i.S. eines Inkompatibilitätstheorems von Demokratie und Islam zusammenfassen lassen (vgl. Achour 2013).

Solche antimuslimischen Einstellungen stehen häufig mit anderen autoritären Orientierungen wie chauvinistischen Einstellungen, sozialen Dominanzorientierungen (Überlegenheit der Eigengruppe) und der

Ablehnung von Diversität (SVR 2016, 70) in einem Zusammenhang. Dabei wirkt sich die Anerkennung von Vielfalt und Diversität sowie die Bereitschaft, sich auf Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund oder anderen Lebensentwürfen einzulassen, positiv auf den gesellschaftlichen Zusammenhang aus: Dieser ist dort besonders hoch, wo viele Menschen mit Migrationsbezügen leben (Bertelsmann Stiftung 2014, 55).

INKLUSION – EXKLUSION IN DER SCHULE

Ein entsprechendes exkludierendes Islambild wird laut der Ergebnisse des Georg-Eckert-Institutes für Schulbuchforschung auch in europäischen Politik- und Geschichtsschulbüchern reproduziert: „Der Islam“ als Integrationshindernis oder Terrorgefahr (Kröhnert-Othman et al. 2011). Für den Teil der Schülerschaft, der sich selbst als muslimisch bezeichnet, erfüllen diese Unterrichtsmaterialien nicht das Kriterium inklusiver politischer Bildung und hinterlassen starke Zweifel an der Realisierbarkeit von Funktionen von Schule in einer von Diversität geprägten Gesellschaft: Integration, Wertevermittlung, Demokratiebildung, Kulturüberlieferung.

So ist auch die Diskriminierungswahrnehmung in der zweiten Generation von Menschen türkischer Herkunft, welche eine besonders große Gruppe unter Menschen muslimischen Glaubens darstellen, gestiegen und sie nehmen diese in stärkerem Umfang wahr als andere Herkunftsgruppen (SVR 2016, 73). Salafistische Jugendangebote reagieren auf diese Phänomene passgerecht und medial professionell und manifestieren Überzeugungen hinsichtlich der Inkompatibilität „des Islam“ mit Demokratie und freiheitlicher Gesellschaft. Da sich allerdings weniger religiös „gefestigte“ Jugendliche als eher „Islameinsteiger“ und Konvertiten davon angesprochen fühlen, sind eher selten Religion oder Kultur ausschlaggebend, sondern v. a. soziale oder pädagogische Herausforderungen. Jugendliche erkennen in religionsbezogenen Konfrontationen ein erhebliches Provokationspotential, welches in bestimmten Phasen von Sozialisationsprozessen für einen Teil von ihnen – nicht zuletzt wegen Diskriminierungserfahrungen – attraktiv sein kann. Für entsprechende Dekonstruktionen müssen Lehrkräfte in ihrem professionellen Handeln stärker unterstützt werden. Bisher

scheint „der Islam“ v. a. als kultureller „Störfaktor in der Schule“ (Karakaşoğlu 2009) wahrgenommen zu werden. Eine Mixtur aus fehlenden Kenntnissen zu muslimischer Vielfalt, eigenen Zuschreibungen sowie fehlenden, flächendeckenden Konzepten zur „interkulturellen Bildung“ in der Lehrkräfteausbildung (Roth/Wolfgarten 2016, 133) mögen auch erklären, warum sich die meisten Lehrkräfte für den Schulalltag im Migrationskontext nicht genügend ausgebildet fühlen (Vodafone Stiftung Deutschland 2012, 25 f.). Analog dazu wird die Leistungsfähigkeit von Schulen mit einem hohen Anteil an Lernenden mit Migrationsbezügen pessimistisch eingeschätzt. Diese Skepsis evoziert das heftige Bemühen, die eigenen Kinder auf sozial homogene Schulen zu schicken (SVR 2016, 23), sodass Segregation und Exklusion gesellschaftliche Inklusion verhindern. Die Herausforderung in dem Feld steigt jedoch, da jedes dritte Kind unter zehn Jahren, in einigen Ballungszentren sind es mittlerweile 50 %, einen so genannten Migrationshintergrund hat und ein großer Teil von ihnen in einem muslimisch geprägten Umfeld aufwächst (Bildungsbericht 2016).

DAS MENSCHENRECHT AUF INKLUSION

Schule und politische Bildung haben mit der Ratifizierung des Menschenrechts auf Inklusion allerdings einen klaren gesellschaftlichen Auftrag: „Inklusion bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. [...] (wir) haben alle die gleichen Rechte und den Anspruch darauf, dass der Staat sie umsetzt“ (Deutsches Institut für Menschenrechte 2015). Damit setzt sich ein neues Verständnis von „Behinderung“ durch: Behinderung ist damit kein zuschreibbares Merkmal mehr, sondern entsteht durch Hindernisse und Barrieren, die Personen die gesellschaftliche Teilhabe erschweren oder unmöglich machen (Siller 2015, 30). Durch den menschenrechtlichen Status erklärt sich der weite Inklusionsbegriff: Er wendet sich gegen jede gesellschaftliche Marginalisierung und sichert somit allen Menschen das gleiche volle Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse zu (Hinz 2006, 97 f.). Dies entspricht dem Verständnis von Inklusion in der politischen Bildung (Gill in diesem Band, Besand/Jugel 2015; Lange/ Kleinschmidt 2017), auch wenn sich